



Verein für Sozialplanung, Löwengasse 34, D-67346 Speyer

Geschäftsstelle:

Löwengasse 34

D-67346 Speyer

☎ +49 6232 629491

☎ +49 6232 629492

vsop-ger@t-online.de

www.vsop.de

An die
Planer und Planerinnen
der Regionalgruppe NORD im VSOP
bzw. der Bundesländer Niedersachsen, Bremen,
Hamburg, Schleswig-Holstein
- per Mail -

Regionalgruppe NORD

Jörg Gapski, ☎ +49 511 616 21039

eMail: joerg.gapski@region-hannover.de

Marion Brünner, ☎ +49 421 361 6851

eMail: marion.bruenner@soziales.bremen.de

Protokoll der Fachtagung der Planerinnen und Planer Nord

(Regionalgruppe NORD des VSOP)

06.03.2014 in Hannover

09.04.2014

Protokoll der Sitzung der Regionalgruppe NORD im VSOP am 06.03.2014

Teilnehmer/-innen: siehe Übersicht Ende Protokoll

Tagungsort: Region Hannover, Hildesheimer Str. 20, Raum 601, 6. Etage

Tagesordnung

1. Eintreffen und erste Fachaustausche, Organisatorisches
2. Begrüßung und Tagesordnung, Vorstellungsrunde.
3. Fachthema: Sozialberichterstattungen
 - 3.1. Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht Land Bremen / Konzeptionierung / Vorgehen (Marion Brünner)
 - Das Land Bremen hat seinen ersten ARB für das Jahr 2009 herausgebracht;
 - für die Jahre 2010 und 2011 folgte jeweils ein Datenreport mit ausgewählten Daten und einer kurzen Entwicklungsanalyse;
 - Mitte 2013 wurde in einem Workshop eine erste Überlegung für einen neuen ARB konzeptioniert, Idee war, ein oder zwei Themenschwerpunkte herauszugreifen, diese vertieft darzustellen und zu ergänzen um (ähnlich wie im Datenreport angelegt) ausgewählte, wiederkehrende Datenentwicklungen allgemeiner Art (Bev.-Entwicklung, Transferleistungsempfänger/-innen, Wohngeld, Bautätigkeit usw.) - dieser Vorschlag sollte aber nicht weiter verfolgt werden;
 - aktueller Stand ist:
 - Aktualisierung des alten 5. Kapitels, das dann als einleitender Teil nach einer Einführung am Anfang des 2. ARB stehen soll;

- Überprüfung von bisherigen Maßnahmen und Strategien und Ausweisung eventueller neuer Maßnahmen und Strategien;
- Analyse der aktuellen Lage im Lande Bremen anhand der Lebenslagen der Menschen in Bremen und Bremerhaven;
- Analyse der Situation besonderer Bevölkerungsgruppen (also auch Sicht von Personenkreisen) ⇒ Risiko: Redundanzen
- Analyse (inkl. Entwicklung) der Situation in den Ortsteilen (Fremdvergabe)
- Eigenes Kapitel „Reichtum“ (Fremdvergabe)
- Zeitschiene aktuell: bis Ende April 2014 Erarbeitung des Grundgerüsts aller Kapitel, bis Sommer „Feinschliff“, im Herbst politische Debatte.

3.2. Sozialatlas - Stadtprofile 2013, Braunschweig (Hartmut Dybowski)

- 2002 nach Planungsbereichen, Orte am Mittelwert der Stadt gemessen;
- Je Planungsbereich werden mehrere Indikatoren wiedergegeben. Die Werte werden in einem weiteren Schritt ins Verhältnis zum jeweiligen städtischen Durchschnitt gesetzt. Die Spanne zwischen den Abweichungen erlaubt Aussagen zum Umfang möglicher Segregation (siehe Folien). Der Vergleich von SGB II-Leistungen 2012 und Leistungen nach dem BSHG 2002 zeigt eine weitgehend gleichgebliebene Verteilung der Planungsbereiche.
- Grundsätzliche Diskussion im Plenum: Indikatorenauswertungen und -auswahl: selbst bei Wahl anderer Indikatoren ergeben sich die nämlichen Stadtteile als problematisch; Betrachtung status Quo und Veränderungswerte auf dieser Basis und / oder auch Betrachtung der Dynamik?
- Diskussion um den Sinn einer jährlichen Berichterstattung: Macht es Sinn, in engem Intervall zu berichten? Wer sind die Adressaten? Wer macht mit der Berichterstattung was? In welchem Kontext werden die Berichte genutzt, bspw. Haushaltsberatungen, Standortplanungen etc.
- Diskussion, ob Handlungsableitungen Sinn machen oder ob nicht. Stark abhängig vom örtlichen Interesse, Meinungsbild durchaus uneinheitlich.
- Hannover: Gerade 5. Sozialbericht rausgegeben... Dieses Mal ohne Maßnahmen. Es blieb meistens bei der Darstellung der Maßnahmen, nachgefragt wurde allenfalls kurz vor dem nächsten Bericht. Zwischendurch passierte wenig. Die handelnden Fachbereiche können dann ihre Ableitungen treffen, es ist auch möglich, dass Stadtteile sich Informationen daraus ziehen und dann im Stadtteil etwas entwickelt wird, das darauf aufbaut....
- Mögliche Vorgehensweise: Sachverhalte darstellen, Problematiken darstellen und dann Handlungsstrategien ableiten... (schon im Bericht? Oder durch Politik entwickeln lassen, ggf. begleitet durch Sozialplanung?)

3.3. Sozialbericht Hamburg. Zusammenfassung ausgewählter Aspekte aus Expertensicht (Heinrich Nahr)

- Dritter Hamburger Sozialbericht (erschienen am 28. Januar 2014), findet man im Internet. Es gibt kaum Sozialraumbezug in dem Bericht, keine einzige Karte. Es handelt sich eher um einen deskriptiven Bericht. Es wäre vermutlich besser gewesen, einzelne Themenbände zu machen und diese themenspezifisch zu veröffentlichen.
- 1995 und 1997 erschienen die beiden ersten Berichte;
- AGFW: Die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege - an der Berichtslegung beteiligt und mit eigenem Berichtsteil;

- die einzelnen Themenschwerpunkte des dritten Berichts wurden als externe Projektteile vergeben;
- Personell: Stabsstelle Berichterstattung (seit 2009) beim Verwaltungsleiter der Behörde angesiedelt.
- Inhalte:
 - Teil 1: Familien und Senioren (ISG Köln)
 - Teil 2: Familien und BG im SGB II (IAB Nürnberg), spezifische Datengrundlage. Administratives Panel (SGB II-Längsschnittdaten).
 - Teil 3: Erwerbsbeteiligung und Bedürftigkeit älterer Erwerbspersonen (IAB Nürnberg)
 - Teil 4: Senioren und Seniorinnen in Hamburg, GSiAE, HzP; Datengrundlage: v.a. Sozialhilfedaten Hamburg (INIFES Augsburg)
 - Teil 5: Sozialbericht HH (eigener Teil AGFW), qualitativer Ansatz.

3.4. Die Vielfalt Hannovers. Soziale Lagen und soziale Räume mit dem Schwerpunkt: Gebiete mit besonderem Handlungsbedarf (Silke Mardorf, Elke Sauermann)

- Sozialbericht 2013: Funktion: Einordnung - wo kommen wir her? Wo stehen wir? Welche Problemlagen gibt es? Wohin wollen wir? Auch Einordnung in Bezug auf andere Berichte wie Bildungsmonitoring, Familienberichterstattung, Seniorenplan usw. Der Bericht ist auch Argumentationshilfe für Priorisierungen und Ressourceneinsatz.
- An einem Beispiel wird die innere Struktur der Kapitel dargestellt. Leitthema ist in diesem Fall „Bevölkerung“, darunter gliedern sich Teilthemen wie „Generationendurchmischung“, „Haushaltsstrukturen“ und „Zuwanderung“. Zu diesen Teilthemen wurden jeweils Indikatoren definiert.
- Sozialplanung hat bereits 1999 als Planungsebene sogenannte Mikrobezirke eingeführt. Dies sind die ehemaligen Wahlbezirke der Europawahl 1998, sie sind alle etwa gleich groß, ca. 1.000 Wahlberechtigte plus anderer, in der Summe alle so um die 1.400 Menschen und damit gut vergleichbar. Diese fügen sich in statistische Hierarchie Hannovers ein: 13 Stadtbezirke, 51 Stadtteile, 387 Mikrobezirke, Baublöcke, Baublockseiten.
- Als neuer Indikator wurde „Energieschulden“ erstmals aufgenommen. Die Daten hierfür haben die Stadtwerke Hannover (enercity) zur Verfügung gestellt.
- Schwerpunktthema des Sozialberichts 2013 ist das Kapitel: „Hannover ist unterschiedlich - von Quartier zu Quartier“. Auf Ebene der Mikrobezirke werden Lebenslagen erfasst und abgebildet. Dies ermöglicht es, Polarisierungen in der Stadt aufzuzeigen, Entspannte Lagen zu erkennen und benachteiligte Quartiere zu identifizieren. Hiermit sollen nachvollziehbare und objektive Grundlagen für die Auswahl von Gebieten, die Aufmerksamkeit oder eine Förderung benötigen, geschaffen werden. In der mittel-/langfristigen Beobachtung soll das Monitoring als Frühwarnsystem dienen.
- Die Sozialplanung verfügt über DUVA über einen eigenen Zugang zur Datenbank der Statistikstelle und kann eigene Auswertungen vornehmen. Die Berechnungen für das Quartiersmonitoring wurden in Excel vorgenommen.

4. Erreichbarkeitsanalysen als Planungsinstrument (Jörg Gapski)

- Erreichbarkeitsanalyse - Pflegestützpunkte und Jugendhilfestationen (in den 21 Gemeinden der Region Hannover)
- Bei der Auswahl und Ansiedelung von sozialer Infrastruktur wird die Frage der Erreichbarkeit mit dem ÖPNV meist nur „gefühl“ beantwortet. Oft wird auch nach anderen Kriterien entschieden, wie z. B. nach dem Mietpreis, dem Vorhandensein von Räumen, politischen oder Erwägungen etc.
- Die meisten Verkehrsplanungsabteilungen können jedoch mit Verkehrsmodellen exakt berechnen, wie gut oder schlecht ein Ort mit dem ÖPNV oder dem Auto wirklich zu erreichen ist, was insbesondere im ländlichen Bereich von hoher Bedeutung für die Wirksamkeit und Inanspruchnahme der Angebote ist. Deshalb hat die Sozialplanung in Kooperation mit der Verkehrsplanung eine gemeinsame Erreichbarkeitsanalyse bestehender Pflegestützpunkte und Jugendhilfestationen durchgeführt.
- Die Verkehrsplaner können für jeden beliebigen Punkt sagen, wie lange man mit dem Bus, der Bahn oder dem Auto braucht. Im Hintergrund sind Fahrpläne hinterlegt, Wartezeit, bis der Bus/Zug kommt, sind nicht hinterlegt. Man kann dann weitere Parameter definieren, wie oft maximal ein Umsteigen zumutbar ist (bspw. 2x), wie weit der Fußweg von der Zielhaltestelle zum Standort der Einrichtung maximal sein darf, man kann getrennte Zeitfenster für Vor- und Nachmittag berechnen und auch definieren, wie lange der Gesamtweg dauern darf. Ergänzend kann auch die Erreichbarkeit mit dem Auto betrachtet werden (auch anders herum gedacht, wenn Mitarbeiter einer Einrichtung mal einen Einsatz vor Ort haben, denn Fahrtwege von Mitarbeitern sind Arbeitszeit und diese stehen während der Fahrtzeit der eigentlichen Arbeit nicht zur Verfügung).
- Die Analysen haben einige Schwachstellen zeigen können, andere Standorte aber auch bestätigt. Eine hohe Inanspruchnahme vor Ort, weniger oder gar keine Inanspruchnahme aus anderen Gemeinden kann ein Indiz für einen falschen Standort sein. Gut erreichbare Standorte eignen sich als Standardstandorte auch für größere Einheiten, weil sie gut erreichbar und auch gut „sichtbar“ sind, müssen aber in der Fläche bei Bedarf auch durch örtliche Sprechstunden ergänzt werden.
- Die Erreichbarkeitsanalysen in Kooperation mit der Verkehrsplanung werden zukünftige Standortentscheidungen vorbereiten helfen.

5. Erfahrungsaustausch: Inklusion aus sozialplanerischer Perspektive

- 5.1. Braunschweig: Wie sehr hat sich Inklusion schon in das Planerdenken „eingeschlichen“? Theorie und Praxis... Hehre Ziele, aber es tut sich wenig.

Cuxhaven: gesamtgesellschaftlicher Auftrag, nicht nur auf Menschen mit Behinderungen bezogen betrachtet. Unterschiedliche Blickpunkte werden schon mit bedacht, gelingt aber noch nicht immer und bei jeder Planung.

In Gifhorn: Eher bei schulischen Themen/Planungen. Ansonsten noch nicht so wirklich. 19. europäischer Verwaltungskongress in Bremen: Protokoll/Dokumentation, Forum Inklusion.

Region Hannover: Hat auch teilgenommen. Beiträge, u.a. Österreich, Hochschule OS, Prof. Dr. Albrecht Rohrmann (Siegen), einige Gemeinden mit Aktionsplänen gut „am Start“, andere nicht bzw. weniger. Wissens- und Aktionsstand sehr unterschiedlich. Inklusion betrifft alle Ebenen (Bund, Land, Kommune.....): Haltung gegenüber Menschen... Man braucht einen langen Atem. Es bedarf Ressourcen und politischen Willen. Fachberatung Inklusion (Sylvia Thiel, Region Hannover), quer über Teams und Fachbereiche im Dezernat tätig (nicht ganze Region/andere Dezernate).

Stadt Hannover: Kleines Team (2) als Stabsstelle gemeinsam mit der Behindertenbeauftragten bei Soziales. Zurzeit Bestandsaufnahme. Es gibt (demnächst?) den dritten Inklusionsbericht. Es geht weniger um Barrierefreiheit, eher um das Gesamtbild.... Prozess....

In den verschiedenen Präsentationen heute kam das Thema nicht vor. Frage der Definition und des Einbeziehens. Wenn man den Begriff etwas öffnet, dann Nähe zur Sozialplanung. Nicht in die „Behindertenecke“ schieben, sondern im Querschnitt mitdenken, z.B. bei der KiTa-Planung. Je mehr man den Begriff einschränkt auf Behinderung (Schwerbehinderung), umso weniger hat's mit Sozialplanung zu tun.

6. Verschiedenes

6.1. Es wurde beschlossen, dass es weiterhin 2 Tagungen im Jahr geben soll, jeweils eine im Frühjahr und eine im Herbst. Für den Herbst soll es mit September- und Oktoberterminen eine Doodle-Abfrage geben. Die Tagung soll in Braunschweig oder Hannover stattfinden, Präferenzen werden mit abgefragt.

6.2. Themenschwerpunkt Herbst 2014:

6.2.1. „Familie“:

Inputs haben bereits zugesagt: Hannover, Hamburg; eventuelle jemand von den Teilnehmer/-innen, die im März nicht teilnehmen konnten?

Familienberichterstattungssystem(e), methodische Ansätze

6.2.2. „Integrationsmonitoring“:

Eventuell Bericht von Frau Seyfarth (LSN), wird noch geklärt.

6.2.3. Weitere Inputs?

6.3. Themenspeicher: hängt an

Nächster Termin: 23. Oktober 2014

Ort: Raum 604, 6. Etage, Hildesheimer Str. 20, 30169 Hannover

Benötigt jemand einen Parkplatz? Einige wenige Plätze können ggf. auf dem Parkplatz der Region reserviert werden.

Ende: 16.50 Uhr

Marion Brünner

Sprecherteam Regionalgruppe NORD

(elektronische Versendung ohne handschriftliche Unterschrift)

Teilnehmer/-innen März 2014:

Binkowski, Julia (LK Cuxhaven)
Brünner, Marion (Bremen)
Dybowski, Hartmut (Braunschweig)
Elgeti, Hermann (Region Hannover)
Gapski, Jörg (Region Hannover)
Haf, Torsten (LK Gifhorn)
Mardorf, Silke (Hannover)

Müller, Silvia (LK Cuxhaven)
Nahr, Heinrich (Hamburg)
Saueremann, Elke (Hannover)
Seyfarth, Ilka (Landesamt für Statistik Hannover, LSN)
Söhl, Uwe (Diak. Werk Braunschweig)
Thiel, Sylvia (Region Hannover)